

Pulsnitzer Tageblatt

Telefon 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Besorgerungsrichtungen, hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 Mk bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 Mk; durch die Post monatlich 2,60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amlich 1 mm
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalbe, Dorn, Oberfeina, Niederfeina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbitmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 225

Freitag, den 26. September 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Das Konkursverfahren über des Vermögen des Guts- und Fuhrwerksbesizers
Paul Arthur Eißold in Friedersdorf wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch
aufgehoben.

Amtsgericht Pulsnitz, den 25. Sept. 1930.

Der Plan über die Aufstellung eines Linienverzweigers auf dem Neumarkt in Pulsnitz
(an Stelle des vorhandenen Kabelverzweigers) liegt beim Postamt in Pulsnitz vom 27. Sep-
tember 1930 ab 4 Wochen aus.

Telegraphenbauamt Baugen

Hitler über die Ziele seiner Bewegung

Bedeutungsvolle Ausführungen vor dem Reichsgericht

Die Neubildung des Wiener Kabinetts



Leipzig. Der Reichsgerichtspräsident war am Donnerstag von
der Polizei in weitem Umkreis abgesperrt, da anlässlich der
Vernehmung Hitlers im Ulmer Reichswehrprozess Kund-
gebungen erwartet wurden. Als Hitler das Reichsgerichts-
gebäude betrat, ertönten stürmische Heilrufe, die sich etwa
20 Minuten fortsetzten und den Anfang der Verhandlung
begleiteten.

Die Aussage Hitlers.

Der Vorsitzende gab zunächst das Beweisthema bekannt:
„Sie sollen als Zeuge darüber vernommen werden, daß die
NSDAP ihre Ziele ausschließlich auf legalem Wege ver-
folgt, einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung nicht herbei-
zuführen will, und daß die Partei ihre Mitglieder und An-
hänger auch nicht dazu anhält, einen gewaltsamen Umsturz
herbeizuführen. Äußern Sie sich zunächst über die Ent-
stehung und den Werdegang der Partei.“ Hitler griff in
seiner Rede weit zurück und begann: „Ich war vom Herbst
1914 bis 1918 als deutscher Frontsoldat an der Westfront.
Durch diese viereinhalbjährige Tätigkeit habe ich meine frühere
Staatsbürgererschaft verloren. Beim Zusammenbruch im Jahre
1918 lag ich in einem Lazarett als schwer gasvergiftet. Der
Zusammenbruch mußte nach meinem politischen Wissen
kommen. Ich war mir bewußt, daß mit den damaligen poli-
tischen Organisationen die durch den Zusammenbruch be-
dingten Niedergangerscheinungen nicht überwunden werden
konnten.“

Drei Punkte haben die Grundlage für meine Ueber-
zeugung abgegeben:

1. Die Ablehnung der eigenen völkischen Kraft, das
Schuldigen fremder Einflüsse im allgemeinen, die internatio-
nale Gesinnung und Einstellung. 2. Die Beseitigung der
Autorität der Persönlichkeit und die Einführung der Demo-
kratie und des demokratisch-parlamentarischen Systems.
3. Endlich die Vergiftung des deutschen Volkes mit pazi-
fistischem Denken und pazifistischem Geist. Nur eine ganz
junge, neue Bewegung konnte diesen Zusammenbruch über-
winden.

Ich bin zu lange Soldat gewesen, um zu wissen, daß man
mit illegalen Organisationen nicht gegen eine Heeres-
macht und eine Polizeimacht kämpfen kann.

Der Gedanke der Gründung der späteren Sturmabtei-
lungen in getauften Organisationen war, der Bewegung Schutz
gegenüber links zu geben. Zu keiner Stunde aber
war ihr Zweck der Kampf gegen den Staat, denn wir sind
der Ueberzeugung, daß eine gesunde Idee sich den Staat ganz
allein erobert, und daß heute 30 Millionen Deutsche eben nur
noch nicht wissen, was wir wollen. Zunächst war“, so betonte
Hitler weiter, „die Entwicklung der Sturmabteilungen zu einer
Kampftruppe nicht durch mich eingeleitet worden, sondern auf
Wunsch amtlicher Dienststellen. Diese haben sich damals an

Der Vorsitzende im Prozeß gegen die Ulmer Reichs- wehroffiziere.

Vor dem Reichsgericht in Leip-
zig steht augenblicklich ein
Prozeß gegen drei Ulmer
Reichswehroffiziere zur Ver-
handlung, die beschuldigt sind,
in der Reichswehr Zer-
setzungspropaganda zugunsten der
Nationalsozialisten betrieben
zu haben. Den Höhepunkt des
Prozesses stellte die Zeugen-
vernehmung Adolf Hitlers am
Donnerstag dar. — Reichs-
gerichtsdirektor Baumgar-
ten, der Prozeß-Vorsitzende,
hörte gespannt den Ausführun-
gen des Führers der National-
sozialisten zu.

uns mit dem Ersuchen gewendet, die Sturmabteilungen in
eine militärische Organisation umzuwandeln.“

Hitler äußerte sich dann auf Ersuchen über die von ihm
erwähnte „Wiederherstellung der Bewegung im alten Geiste“. Er
erklärte: „1925 habe ich festgestellt, daß diese Zwischen-
periode von 1923 endgültig ausgelöscht und die Bewegung
wieder zu den alten Grundtendenzen zurückgeführt werden
müsse. Ich habe damals schärfste Erlasse herausgegeben,

die absolute Waffenlosigkeit der Sturmabteilungen angeordnet

haben, und habe dafür gesorgt, daß sie in keiner Weise einen
militärischen Charakter annahmen, sondern nur dem Schutz
der Bewegung vor den Kräften der Linken dienten. Keine
Organisation durfte militärische Übungen abhalten. Waffen-
besitz und militärische Übungen wurden mit Auflösung und
Ausschluß bedroht.“ — Mit erhobener Stimme erklärte Hit-
ler, er habe stets den Standpunkt vertreten, daß

jeder Versuch einer Zerlegung der Reichswehr Wahnsinn

sei. „Wir haben kein Interesse daran, die Reichswehr zu zer-
setzen. Ich würde das für das größte Verbrechen halten, das
es gibt. Niemals habe ich Verbindungen mit der Reichswehr
angeknüpft. Ich hätte das nicht gebilligt und denjenigen, der
das getan hätte, augenblicklich aus der Partei heraus-
geworfen.“ Hitler erklärte dann, natürlich werde die politische
Bewegung, die die Macht im Staate mit legalen Mitteln er-
obern wolle, an die Spitze ihres Programms den Wehr-
gedanken stellen.

Der Sieg der nationalsozialistischen Bewegung bedeute absolute Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes.

Man werde dafür sorgen, daß die Reichswehr wieder ein
großes deutsches Volksherr werde. Es sei anzunehmen, daß
im Reichsheer tausende von jungen Menschen seien, die die
gleichen Gedanken hätten. Das Heer dürfe nicht zer-
setzt werden. Das sei die Voraussetzung für die
deutsche Zukunft. Wer das tue, sei ein Feind der
Nation und des Volkes.

Der Vorsitzende las dann aus einem Artikel in den
„Nationalsozialistischen Briefen“ die Stelle vor: „Ueber die
Schwere des Kampfes läßt uns Hitler nicht im unklaren,
wenn er sagt: Köpfe werden in diesem Kampfe in den Sand
rollen, entweder die anderen oder die unfrigen. Also sorgen
wir, daß es die anderen sind.“ Das könne man, so erklärt
der Vorsitzende, als Hinweis auf eine gewünschte Revolution
deuten. Hitler erwiderte, der Verfasser habe offenbar die
große geistige Revolution im Auge gehabt, in der wir uns
heute befinden.

Wenn die Bewegung in ihrem legalen Kampfe siege,
werde ein deutscher Staatsgerichtshof kommen, und der
November 1918 werde seine Sühne finden, und es werden
auch die Köpfe rollen.

Das Wichtigste

Die erste Sitzung der neuen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird
am 3. Oktober abgehalten werden.

Das Urteil im Prozeß gegen Alt Höpfer und Genossen wird heute
Freitag nachmittag 14 Uhr von dem Schwurgericht beim Landge-
richt 1 verkündet werden.

Wie die Telegraphenunion erfährt, werden die Beratungen der Reichs-
ratsausschüsse über die Novelle zum Wahlgesetz am Montag, den
6. Oktober beginnen. Am 8. Oktober wird von den Ausschüssen
auch die Beratung des Pensionskürzungsgesetzes in Angriff genom-
men werden.

Für die Nationalsozialistische Partei sei der Begriff „nationale
Revolution“ — auf den der Vorsitzende dann an Hand eines
anderen Artikels zu sprechen kam — eine allgemeine geistige
und völkische Erhebung des Volkes, eine Erhebung des ge-
nechtenen Deutschtums. Eine solche Bewegung werde nicht
mit illegalen Mitteln vorbereitet. Wenn in Deutschland noch
zwei bis drei Wahlen stattfinden, werde die NSDAP, in der
Mehrheit sein. Diese Bewegung werde kommen, es sei denn,
man gebe dem deutschen Volke seine Lebensmöglichkeiten.

Deutschland sei durch die Friedensverträge geknechtet.

Die gesamte deutsche Gesetzgebung sei nichts anderes als eine
Veranbarung der Friedensverträge, die die Partei nur als
etwas Aufgezwungenes betrachte. Die Partei erkenne auch
Deutschlands Schuld am Kriege nicht an und vor allem nicht
für die kommenden Geschlechter. Sie werde gegen diese Ver-
träge sowohl auf diplomatischem Wege, als auch durch ihre
restlose Umgehung vorgehen.

Hitler erklärte dann weiter, die Propaganda, die die
Partei treibe, sei eine geistige Revolutionierung des deutschen
Volkes, und diese Umstellung auf eine neue Weltanschauung
sei mindestens so gigantisch wie die Umstellung zum marxisti-
schen Gedanken oder die Umstellung vom Feudalstaat zum
demokratisch-parlamentarischen Staat. Es werde aber die
Zeit kommen, wo 35 von 40 Millionen wahlberechtigten Deut-
schen hinter der Partei stehen.

Aus den 107 Mandaten würden 250 gemacht werden,

und die Partei werde die absolute Mehrheit haben. Die
Gegner hätten natürlich ein Interesse daran, die Bewegung
als staatsfeindlich hinzustellen, weil sie wüßten, daß sie sich auf
völlig legalem Wege den Staat erobere.

Der Vorsitzende faßte die weiteren Antworten Hitlers auf
Fragen dahin zusammen, daß die Erringung des drit-
ten Reiches auf verfassungsmäßigem Wege
angestrebt werde.

Hitler wurde hierauf die Reichswehr-Sondernummer des
„Völkischen Beobachters“ vom 26. März 1929 vorgehalten,
die eine wehrpolitische Rede Hitlers enthalte. Der Vorsitzende
fragte ihn, was ihn veranlaßt habe, diese Rede als Reichs-
wehr-Sondernummer herauszugeben. Hitler erwiderte darauf:
„Die Veröffentlichung erfolgte in dieser Form, weil sie unsere

grundfähliche Stellung zum Wehrprogramm

enthält. Die Stellung zum Reichswehrprogramm ist nicht
eine Sache der Reichswehr an sich, sondern eine Frage der
politischen Partei, denn alle politischen Parteien haben ein
wehrpolitisches Programm. Als Hitler erklärte, die Reichs-
wehr sei der politischen Einflußnahme nicht entzogen, wider-
sprach der Vorsitzende und stellte fest, daß die Reichswehr
Instrument der Reichsregierung sei. Hitler entgegnete, die
Reichswehr sei Exponent der politischen Parteien. Die
politische Mehrheit im Reichstag bestimme und verfüge über
Geist und Charakter der deutschen Wehrmacht.

Staatssekretär Zweigert vom Reichsinnenministerium:

Nach Adolf Hitler wurde Staatssekretär im Reichsinnen-
ministerium Dr. Zweigert gehört. Der Zeuge erklärte,
das Ministerium sei im Besitz von umfangreichem Material,
aus dem sich nach seiner Ansicht ergebe, daß die N. S. D. A. P.
schon seit ihren Anfängen umstürzlerische Ziele verfolgte. Das
Material sei einmal in der Denkschrift des Reichsinnenmini-
sters niedergelegt, die eine Uebersicht über die Entwicklung
der Partei und eine Zusammenstellung von Äußerungen
ihrer Führer enthalte, und sei weiter vorgebracht in dem
Rechtsfreit zwischen dem Reiche und Thüringen in der Frage
der Polizeikostenzuschüsse. Der Reichsinnenminister habe
auch Material dafür, daß Hitler vor dem Putsch von 1923
den zuständigen bayrischen Stellen Lokalitätserklärungen in

